

tung" am 10. Oktober 1983 in einem Leitartikel über das Studium der Deng-Werke bekannt. Die Parteizeitung forderte erneut zum Studium der "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping" auf, da dies eine wichtige ideologische Vorbereitung auf die "umfassende Ausrichtung" der Kommunistischen Partei Chinas sei. Der Kommentator der "Volkszeitung" betonte, daß die Schriften Dengs "von größter Bedeutung für die Stärkung der ideologischen Einheit der gesamten Partei" seien.

Die "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping" waren am 1. Juli 1983 in einer Erstaufgabe von 12,2 Mio. Exemplaren erschienen (s. C.a., Juli 1983, Ü 7). Seitdem werden die Deng-Schriften von den Führungsorganen der KPCh, der Armee und der Massenorganisationen als richtunggebend für den nachmaoistischen Kurs propagiert. Wie früher die "Ausgewählten Werke" von Mao Zedong, so werden heute die von Deng Xiaoping als alleingültiger Polit-Kanon angepriesen. Funktionäre, Parteimitglieder, Angehörige der Armee, Gewerkschaftler, Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands u.a. sind von der Parteizentrale aufgefordert worden, die "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping" intensiv zu studieren. Selbst in die Universitäten hat das politische Studium wieder Eingang gehalten - statt der Werke Maos müssen die Studenten nun die Schriften Dengs büffeln.  
-sch-

## KULTUR

### (18)

#### Fachschule für tibetische Medizin

In Tibet wurde jetzt die erste Fachschule für tibetische Medizin eingerichtet. Es handelt sich um eine Schule auf Sekundarebene, die ihren Sitz in Lhasa hat und dazu bestimmt ist, Ärzte für tibetische Medizin auszubilden. Die ersten vierzig Studenten, allesamt tibetischer Herkunft und zumeist vom Lande stammend, sind bereits aufgenommen worden. Sie müssen ein vierjähriges Studium absolvieren, wodurch sie die Qualifikation von Ärzten erreichen, die es ihnen erlaubt, in Tibet eingesetzt zu werden (RMRB, 15.10.83).

Die Tibeter bemühen sich seit einigen Jahren um die Wiederbelebung der tibetischen Medizin, die eine Tradition von über zweitausend Jahren haben soll, davon eintausenddreihundert Jahre schriftlich niedergelegt (XNA,

14.6.83). In Tibet, aber auch in Qinghai und anderen Gebieten, wo Tibeter leben, gibt es eine Reihe von Krankenhäusern, in denen tibetische Medizin praktiziert wird. Auch zahlreiche pharmazeutische Fabriken wurden in Tibet gegründet, die spezielle tibetische Arzneien herstellen.  
-st-

### (19)

#### Örtliche Tageshochschulen

Wie kürzlich vom Erziehungsministerium verlautete, gibt es in China zur Zeit gut vierzig Tageshochschulen auf lokaler Ebene, an denen über 15.000 Studenten studieren (XNA, 24.9.83). Diese Hochschulen bieten zwei- bis dreijährige Studiengänge an, die nach den örtlichen Bedürfnissen ausgerichtet sind. Sie unterstehen weder der Zentrale noch den Provinzen, sondern werden unterhalb der Provinzebene betrieben. Somit zählen sie zu den nichtregulären Hochschulen, zumal auch die Studenten nicht - wie sonst üblich - in Studentenheimen wohnen, sondern nur tagsüber die Hochschule besuchen, ansonsten aber zu Hause leben. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal gegenüber den regulären Hochschulen ist, daß die örtlichen Tageshochschulen Studiengebühren erheben. Von seiten der Regierung wird die Errichtung lokal betriebener Hochschulen als Ergänzung zu regulären Hochschulen unterstützt, weil auf diese Weise mehr Studienbewerber ausgebildet werden können, und zwar zu niedrigeren Kosten. Nach Berechnungen der Provinzregierung in Liaoning kostet die Ausbildung eines Tagesstudenten nur 500 Yuan gegenüber 1500 oder 2000 Yuan, die für einen Studenten an einer regulären Hochschule aufgebracht werden müssen (XNA, 24.9.83). Der Lehrkörper an den Tageshochschulen setzt sich zu einem Teil aus vollamtlichen Lehrkräften, zum anderen aus Gastdozenten zusammen, die von regulären Hochschulen geholt werden. Die finanziellen Mittel zur Einrichtung von Tageshochschulen werden von den jeweiligen örtlichen Behörden aufgebracht. In einigen Fällen stehen auch zusätzliche Mittel zur Verfügung: So hat beispielsweise eine Hochschule in Changsha ein zinsfreies Darlehen von der Weltbank erhalten (ebd.).  
-st-

### (20)

#### Lehrerausbildung

Kürzlich widmete sich die Guangming-Zeitung in einem halbseitigen Kommentar dem Problem der Lehrerausbildung, die als Schlüsselproblem bei der Einführung der

allgemeinen Schulpflicht gesehen wird (vgl. GMRB, 21.10.83). Bei dem Ziel, innerhalb der achtziger Jahre die allgemeine Grundschulbildung einzuführen, gebe es viele Probleme, schreibt die Zeitung, aber das gegenwärtig dringlichste Problem sei die Ausbildung von Lehrern. Noch immer lasse der Grundschulbesuch zu wünschen übrig: Im nationalen Durchschnitt, so heißt es, besuchten etwa 90 Prozent Kinder im Schulalter die Grundschule, doch nur 60 Prozent von ihnen besuchten die Grundschule mehrere Jahre, und nur 30 Prozent schlossen sie mit einem entsprechenden Abschluß ab. Einer der wichtigsten Gründe hierfür sei das niedrige Niveau der Lehrkräfte. Hinzu komme der Mangel an Grundschullehrern, der u.a. darauf zurückzuführen sei, daß in der Vergangenheit viele Lehrer von den Grundschulen abgezogen und in Mittelschulen eingesetzt worden seien. Von den insgesamt über 8 Millionen Grund- und Mittelschullehrern sei etwa ein Drittel nicht ausreichend qualifiziert. Unter diesen Umständen sei die Einführung der allgemeinen Schulbildung noch lange nicht zu erreichen. Wenn die Lehrerausbildung nicht unbedingte Priorität erhalte, könnte folgende Lage entstehen: Nach außen würde zwar die Rate der Kinder im Schulalter, die die Schule besuchten, steigen und der Grundschulbesuch zunehmen, doch das Niveau würde sehr niedrig sein. Dies könnte sich sogar dahingehend auswirken, daß in den neunziger Jahren und besonders gegen Ende des Jahrhunderts das Problem des Analphabetentums immer noch nicht gelöst sein würde, ja daß es dann wieder neue Analphabeten geben würde. Wolle man aber das Niveau der Schulabgänger erhöhen, müsse zuerst das Niveau der Lehrer erhöht werden. Das Blatt warnt davor, den allgemeinen Grundschulbesuch zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu forcieren. Statt dessen sei es besser, das Tempo in den nächsten zwei bis drei Jahren zu verlangsamen und zunächst einmal die Lehrerausbildung in den Griff zu bekommen. Bei den Ausgaben für Erziehungswesen müßten deshalb auch zuallererst die Ausgaben für die Lehrerbildung sichergestellt sein. Gleichzeitig sei der Bau von neuen Lehrerausbildungsstätten erforderlich, und zwar planmäßig für jeden Kreis. Innerhalb weniger Jahre müsse erreicht werden, daß alle Grundschullehrer den Abschluß einer Lehrerausbildungsstätte auf Sekundarschulebene haben, Mittelschullehrer für die untere Mittelschule den Abschluß einer Fachhochschule und für die

obere Mittelschule den Abschluß einer Hochschule. Nach Erreichen dieser ersten Stufe könne man einen Schritt weiter gehen und von allen Grundschullehrern den Abschluß einer Fachhochschule verlangen und in einer dritten Stufe den Hochschulabschluß.

Der Kommentar versucht, das Übel der unzureichenden allgemeinen Schulbildung an der Wurzel zu packen, nämlich dem Mangel an Lehrkräften und dem niedrigen Niveau der Lehrer. Es scheint, daß das Erziehungsministerium und die Erziehungsbehörden diesem Problem jetzt vermehrte Aufmerksamkeit widmen.

-st-

**(21)****Kampf gegen unguete Tendenzen in der darstellenden Volkskunst**

Seit Monaten ist eines der Hauptthemen der chinesischen Kulturpolitik der Kampf gegen "unge-sunde Tendenzen" in Literatur und Kunst, die auch als Kommerzialisierung der Kunst bezeichnet werden. Das besondere Augenmerk gilt hier der darstellenden Kunst, weil sich diese offensichtlich leichter der Kontrolle der Kulturbehörden entziehen kann. Für das Theater waren bereits im Frühjahr 1983 schärfere Kontrollbestimmungen erlassen worden (C.a. 83/5, Ü 22). Kritik ist nunmehr auch an den beiden alten Volkskünsten Geschichtenerzählen und Balladensingen aufgekomen, und zwar von höchster Stelle: Politbüromitglied Chen Yun hat kürzlich in der Literaturzeitung "Wenxue Bao" seine Ansicht dargelegt, daß eine Reihe von Geschichtenerzählern und Balladensängern im Suzhou-Dialekt (pingtan) dem niedrigen Geschmack diene und nur auf volle Kassen aus seien (vgl. RMRB, 16.10.83). Viele Einheiten hätten Vorführräume, wo diese Volkskünstler ihre Kunst darbieten, sogar einzelne Haushalte. Die zuständigen Verwaltungseinheiten würden zwar die Steuern von den Künstlern eintreiben, aber sie kümmerten sich nicht um den Inhalt der Aufführungen. Dies könne auch nicht von den Kulturbehörden auf unterer Ebene geleistet werden, hier müßten die Parteikomitees auf Provinz- und Stadtebene eingreifen.

Soweit die Kritik Chen Yuns. Die Kunst der Geschichtenerzähler und Balladensänger im Suzhou-Dialekt wird vorwiegend in den Provinzen Jiangsu und Zhejiang und in Shanghai gepflegt. Nachforschungen des Parteikomitees der Kulturbehörde in Shanghai, die auf Chens Kritik hin durchge-

führt wurden, ergaben, daß schlechter Stil, geschmacklose Darbietungen und vulgäre Äußerungen nicht selten sind und daß sogar mit Einfuhrverbot belegte Romane aus Hong Kong den Stoff für derartige Darbietungen lieferten, kurzum, daß die Kontrolle über die Volkskünstler mangelhaft sei und es daher vielfach zu nicht genehmigten Aufführungen komme. Unmittelbar nach dieser Entdeckung begann die Shanghai Kulturbehörde neue Bestimmungen über eine schärfere Überwachung der Volkskünstler und Kontrolle der Vorführungen auszuarbeiten. Fortan sollen Vorstellungen von unlicenzierten Volkskünstlern verboten sein, und alle Darbietungen müssen von den Behörden genehmigt werden. Im Falle von Nichteinhalten der Bestimmungen werden Strafen verhängt (RMRB, 16.10.83).

Bisher scheint das Wirken der Geschichtenerzähler und Balladensänger weitgehend der Parteikontrolle entzogen gewesen zu sein, jedenfalls in der Praxis. Da diese Volkskünstler nicht staatlichen Organisationen angeschlossen sind, sondern auf unterer lokaler Ebene zumeist als Einzelpersonen oder in kleinen Gruppen wirken, war hier ein gewisser Freiraum gegeben. Infolge der Bemühungen der Partei um die Schaffung einer gesunden, nationalen Kunst wird hier künftig mit Einschränkungen zu rechnen sein, so wie es bei den Theatern schon länger der Fall ist.

-st-

**(22)****Ehrenmal für Li Dazhao**

Am 29. Oktober versammelten sich führende Vertreter der Partei, einschließlich des Generalsekretärs Hu Yaobang sowie zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens - insgesamt über 500 Menschen - auf dem Wan'an-Friedhof im Westen Beijings, um ein Ehrenmal mit einer vom ZK verfaßten Inschrift für Li Dazhao zu enthüllen. Li Dazhao war neben Chen Duxiu Begründer der KP Chinas (1921) und wurde 1927 von dem Warlord Zhang Zuolin gefangengenommen und hingerichtet. Seitdem, insbesondere seit 1949, wird er als Märtyrer der chinesischen Revolution gefeiert und ist im Gegensatz zu Chen Duxiu immer positiv bewertet worden. Mit dem Bau des neuen Wan'an-Friedhofes, der in der Nähe der Xiang Shan ("Duftenden Berge") liegt, war auf Beschluß des ZK im Februar 1983 begonnen worden. Er soll die Funktion eines Ehrenfriedhofes haben. Li Dazhaos sterbliche Überreste waren bereits im März dorthin überführt worden. Zu-

gleich mit der feierlichen Enthüllung des Grabmales, die am 94. Geburtstag Li Dazhaos stattfand, wurde der Friedhof auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (RMRB, 30.10.83). Der Wortlaut der Grabinschrift, die das ZK im September verfaßt hat und die während der Zeremonie auf dem Friedhof von Peng Zhen verlesen wurde, ist in der Volkszeitung vom 30.10.83 auf der ersten Seite abgedruckt. Sie enthält eine ausführliche Biographie und Würdigung Li Dazhaos als jemand, der an den Marxismus glaubte und der der proletarischen Revolution treu ergeben war.

Der große Aufwand, mit dem die Zeremonie begangen wurde, und die große Publicity, die sie in der Presse erfuhr, erklären sich aus dem Bestreben der Parteiführung, die positiven Gestalten in der jüngeren chinesischen Geschichte stärker zur Geltung kommen zu lassen. Insbesondere für das durch die Kulturrevolution stark angeschlagene Bild der Kommunistischen Partei erscheint es den Parteiführern wichtig, vorbildliche Vertreter der Partei herauszustellen.

-st-

**(23)****Neues chinesisch-deutsches Wörterbuch für 1986 angekündigt**

Am Beijinger Fremdspracheninstitut wird gegenwärtig an der Fertigstellung eines neues chinesisch-deutschen Wörterbuchs gearbeitet. Die Arbeiten hieran sollen in etwa einem Jahr abgeschlossen werden. 1986 soll das neue chinesisch-deutsche Wörterbuch dann im Buchhandel erhältlich sein. Im Vergleich zum alten Beijinger Lexikon ist die Zahl der Stichwörter bzw. Schriftzeichen beträchtlich erweitert worden. Darüber hinaus wird die Bedeutung der einzelnen Schriftzeichen und der mehrsilbigen chinesischen Begriffe durch eine Vielzahl von Erläuterungen und Beispielsätzen erklärt. Schließlich werden Erläuterungen der grammatikalischen Funktion der einzelnen Schriftzeichen gegeben. Gegenwärtig arbeiten neun Wissenschaftler an dem Wörterbuch, darunter zwei vom Deutschen Akademischen Austauschdienst vermittelte Germanisten aus der Bundesrepublik Deutschland. (Radio Beijing, 31.10.83, nach: MD, 3.11.83)

Das bisher beste chinesisch-europäischsprachige Wörterbuch ist das "Chinese-English Dictionary", das ebenfalls im Beijinger Fremdspracheninstitut erstellt und 1978 veröffentlicht wurde (976 Seiten). 1979 erschien eine Lizenzausgabe

dieses von Prof. Wu Jingrong herausgegebenen chinesisch-englischen Wörterbuchs bei Commercial Press in Hong Kong.  
-sch-

## AUSSENWIRTSCHAFT

### (24)

#### Tagung des gemeinsamen chinesisch-deutschen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Beijing

Am 7.10.1983 ging in Beijing die 3.Tagung des gemeinsamen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu Ende; sie wurde von chinesischen und bundesdeutschen Regierungsvertretern als erfolgreich bezeichnet. Die chinesische Ministerin für Außenwirtschaftsbeziehungen, Chen Muhua, sagte, es bestünden nicht nur gute politische Beziehungen zwischen den beiden Ländern, sondern es gebe auch vielversprechende Aussichten für den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Beide Seiten vereinbarten die Bildung einer gemeinsamen Gruppe für Nichteisenmetalle, durch die ein neuer Kanal für die weitere Zusammenarbeit geschaffen werden soll. Beide Seiten erörterten auch die Ausdehnung des bilateralen Handelsverkehrs. China würdigte die positive Haltung der Bundesrepublik Deutschland, die mehr chinesische Güter eingeführt habe. Die Bundesrepublik wird weiterhin Mittel für die technische Zusammenarbeit mit China bereitstellen. Beide Seiten vereinbarten, gemeinsam Bemühungen zur Umrüstung chinesischer Klein- und Mittelbetriebe zu unternehmen. Die Bundesrepublik wird China bei der Beschaffung fortgeschrittener Technologien behilflich sein.

Nach rund dreijährigen Verhandlungen konnte am 7.10.1983 in Beijing von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und der chinesischen Außenhandelsministerin, Chen Muhua, das "Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen" unterzeichnet werden. Es ist dies das erste Abkommen der Volksrepublik China mit einem der großen Kapitalexportländer. Vorher hatte China schon Abkommen mit Schweden (1982) und Rumänien (1983) abgeschlossen. Kernstück des Abkommens sind die Garantien im Falle von Enteignungen, Verstaatlichungen und enteignungsgleichen Maßnahmen (Artikel 4 und Protokoll Ziff. 4). Das Abkommen sieht eine wertentsprechende tatsächlich

verwertbare und frei transferierbare Entschädigung vor, die ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden muß.

Die deutsche Seite konnte die Vereinbarung einer ad hoc-Schiedsgerichtsbarkeit durchsetzen, und zwar ohne die zunächst von chinesischer Seite geforderte vorherige Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges. Sie mußte dafür hinnehmen, daß diese Schiedsgerichtsbarkeit nur für Streitigkeiten über die Höhe der Entschädigung gilt. Die Rechtmäßigkeit einer Enteignungsmaßnahme kann nur durch die innerstaatlichen Gerichte geprüft werden.

Die chinesische Seite erkannte an (Protokoll Ziff. 5), daß die Produktion gemischter Gesellschaften auch im Inland oder in Drittländern gegen nicht frei konvertible Währung abgesetzt werden kann und daß in diesen Fällen die Devisen anders als durch eigene Exporte beschafft werden können.

Das Abkommen ist zunächst auf zehn Jahre geschlossen. Danach wird es, mit einjähriger Kündigungsfrist, auf unbegrenzte Zeit verlängert. Sollte das Abkommen gekündigt werden, so gelten seine Regelungen für bereits getätigte Investitionen noch fünfzehn Jahre fort. Nachdem nunmehr eine völkervertragsrechtliche Absicherung deutscher Investitionen in der Volksrepublik erreicht ist, wird die Bundesrepublik Deutschland künftig auch in der Lage sein, Bundesgarantien zur Absicherung des politischen Risikos bei Investitionen in der Volksrepublik zu übernehmen. Dies wird allerdings erst nach Inkrafttreten des Abkommens möglich sein. Das hierfür erforderliche parlamentarische Zustimmungsverfahren nimmt üblicherweise rund ein Jahr in Anspruch. (Der volle Text des Abkommens sowie des dazugehörigen Protokolls wird im Anhang von CHINA aktuell abgedruckt.) (NfA, 14.10.83)  
-lou-

### (25)

#### Deutsche Exporte nach China steigen

Die Bundesrepublik Deutschland führte im ersten Halbjahr 1983 Waren im Werte von 0,9 Mrd. DM aus China ein und exportierte Waren für 1,3 Mrd. DM nach China. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 5% bei den Importen und um 40% bei den Exporten. Der Außenhandelsumsatz lag demzufolge mit einem Wert von 2,2 Mrd. DM um 23% höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der

Anteil der Volksrepublik am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland war nach wie vor sehr gering (Einfuhr: 0,5% und Ausfuhr: 0,6%).

Als Folge des starken Exportwachstums wies die Warenverkehrsbilanz gegenüber der Volksrepublik (als Herstellungs- bzw. Verbrauchsland) im ersten Halbjahr 1983 einen Überschuß von 340 Mio. DM aus, während sie im Vorjahr (mit 18 Mio. DM) noch fast ausgeglichen war. Berechnet man die Handelsbilanz gegenüber China jedoch unter Zugrundelegung der Ergebnisse für das Einkaufs- bzw. Käuferland, so zeigt sich eine Zunahme des Ausfuhrüberschusses von 168 Mio. DM im ersten Halbjahr 1982 auf 434 Mio. DM in der Berichtszeit. Aus der Gegenüberstellung der Daten für den Chinahandel in beiden Länderabgrenzungen wird ersichtlich, daß etwa ein Viertel der aus China stammenden Einfuhrwaren über dritte Länder gekauft worden ist. Ausfuhrseitig entfiel nur ein Zehntel der deutschen Exporte auf den mittelbaren Handel.

Die Warenstruktur der Einfuhren aus China war in erster Linie (zu 64%) von Bezügen gewerblicher Fertigprodukte geprägt, unter denen vor allem Gewebe, Gewirke, Strick- und Wirkwaren, Kleidung, chemische Erzeugnisse, Lederwaren, Pharmazeutika und Korbmacherwaren herausragten. Die gewerblichen Rohstoffe (11%) setzen sich hauptsächlich aus Wolle, Ölfrüchten, Bauxit, Graphit und Magnesit zusammen. Auf gewerbliche Halbwaren entfielen weitere 5%, während die Ernährungsgüter mit 19% an der Einfuhr aus China beteiligt waren (Därme, Honig, Gemüse- und Obstkonserven, Wurzeln, Knollen und Tee).

Die Exporte der Bundesrepublik Deutschland nach China bestanden im ersten Halbjahr 1983 zu neun Zehnteln aus gewerblichen Fertigwaren und zu 8% aus gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren, während Güter der Ernährungswirtschaft fast gar nicht beteiligt waren (0,2%). In der Gliederung der Ausfuhr nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik bestritten die Erzeugnisse des Industriegütergewerbes allein 49% der Lieferungen nach China. Ihr Wert lag mit 0,6 Mrd. DM um 10% über dem Vorjahresstand. Gewachsen sind vor allem die deutschen Exporte von Wasserfahrzeugen, Maschinenbauerzeugnissen, Straßenfahrzeugen, während die Lieferungen von elektrotechnischen Erzeugnissen, Stahlbauerzeugnissen und Schienenfahrzeugen deutlich unter den Vorjahresergebnissen